

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die oö. Gelder für Entwicklungshilfe

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu entwickeln, die eine gezielte, langfristige und ausfinanzierte Entwicklungshilfe ermöglichen und in einem ersten Schritt das Budget für Entwicklungshilfe von 1,75 Mio. Euro auf 3,5 Mio. Euro zu erhöhen.

Begründung

Der Oberösterreichische Landtag beschäftigt sich unverhältnismäßig oft mit einer kleinen Minderheit, nämlich mit geflüchteten Menschen. Viele Anträge des Landtags beschäftigen sich mit den Themen Asyl, illegale Migration und die autoritäre Ausgestaltung von Sozialhilfe (siehe etwa Beilagen 740/2024, 628/2023, 627/2023, 351/2022, 306/2022). Diese Anträge tragen Titel wie „Verhinderung illegaler Migration nach Österreich“, „Verschärfung des Asylrechts“ oder „Prüfung der Beschränkung von Sozialleistungen für abgelehnte Asylwerber“. Auf dem Rücken von geflüchteten Menschen wird Politik gegen den sozialen Zusammenhalt und für ein Oberösterreich des Neides und der sozialen Spaltung betrieben. Bei all diesen Diskussionen, sei es die autoritäre Ausgestaltung der Sozialhilfe, die Einführung einer Sachleistungskarte, also einer eigenen „Währung“ für Flüchtlinge, oder die politische Diskussion über die weitere Aushöhlung des internationalen Asylrechts und die Durchführung von Asylverfahren außerhalb Europas, wird nicht bedacht, dass Flucht, Vertreibung und Migration nur durch nachhaltige Hilfe vor Ort verhindert werden kann. Zur Hilfe vor Ort zählen insbesondere Hilfsprojekte, die durch Entwicklungshilfegelder finanziert werden.

Angesichts der globalen Dreifachkrise der Inflation, der Klimakrise und der Kriege muss das Land Oberösterreich proaktiv handeln und Menschen beim (Wieder-)Aufbau ihrer Lebensgrundlagen unterstützen. Extremwetterereignisse wie Naturkatastrophen und Dürren nehmen aufgrund der Klimakrise vor allem im globalen Süden zu. Auch die Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert und zu zahlreichen bewaffneten Konflikten geführt. Um trotz Extremereignissen und bewaffneten Konflikten Fluchtbewegungen nach Europa zu verhindern und den Menschen in den Ländern des globalen Südens ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, bedarf es einer gezielten, langfristig angelegten und ausfinanzierten Entwicklungshilfe. Um dies zu erreichen, müssen rechtzeitig Maßnahmen entwickelt werden, um die Entwicklungshilfe des Landes vorausschauend zu planen und damit so effektiv wie möglich zu gestalten.

Im Hinblick auf die neuerliche Verfehlung des national definierten Ziels für Entwicklungszusammenarbeit von 0,7 Prozent des BNE, das analog auch für die Bundesländer anzuwenden ist, sind Maßnahmen zu setzen, um eine angemessene Erhöhung

der öö. Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Oberösterreich hat aber in den letzten Jahren sein Entwicklungshilfebudget nicht einmal an die Inflation angepasst. Im Gegenteil: Seit Jahren werden 1,75 Millionen Euro für Entwicklungshilfe budgetiert, aber nicht zur Gänze ausgeschöpft. Laut Rechnungsabschluss hat das Land Oberösterreich im Jahr 2023 mehr als 100.000 Euro weniger ausgegeben als veranschlagt. Auch im Jahr 2024 sieht das Budget nur 1,75 Mio. Euro vor.

Das Land Oberösterreich muss seine soziale und politische Verantwortung wahrnehmen und entsprechende Maßnahmen im Bereich der globalen Klima- und Wirtschaftspolitik, der Katastrophenhilfe und der Diplomatie zur Unterstützung von Menschen in Krisenländern verstärken. Als erste Maßnahme muss die Höhe der Entwicklungsgelder entsprechend erhöht werden, um sich gemeinsam mit anderen öffentlichen Körperschaften dem UN-Ziel von 0,7% des BNE anzunähern. Hierfür sind eine Verdoppelung des Budgets sowie eine vollständige Ausschöpfung des Budgets erste wichtige Maßnahmen. Gerade im Hinblick auf den laufenden Budgetprozess für das Budget 2025 ist es unerlässlich, unverzüglich mit der Weiterentwicklung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu beginnen. Nur so kann in Zukunft in den Asylherkunftsländern positive Wirkung erzielt und Flüchtlingsbewegungen nach Europa verhindern zu können.

Linz, am 11. Juni 2024

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Wahl, Strauss, Heitz, Antlinger, Margreiter, Engleitner-Neu, Schaller, Höglinger,
P. Binder, Haas, Knauseder**